

Anzeige des Betriebs eines Zertifizierungsdienstes

Zuständige Behörde:

Bundesnetzagentur
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
Telefon: +49 228 140
Fax: +49 228 148872
E-Mail: [E-Mail schreiben](#)
Internet: www.bundesnetzagentur.de

Ansprechpartner:

Jürgen Schwemmer
Telefon: +49 6131 182210
Fax: +49 6131 185618
E-Mail: [E-Mail schreiben](#)

Das Signaturgesetz ist eine Umsetzung der Europäischen Signaturrechtlinie (1999/93/EG). Diese sieht in Artikel 3 Absatz 3 vor, dass die Mitgliedstaaten ein geeignetes System zur Überwachung der in ihrem Hoheitsgebiet niedergelassenen Zertifizierungsdiensteanbieter, die öffentliche Zertifikate ausstellen, einrichten.

Zertifizierungsdiensteanbieter kann daher nur eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige natürliche oder juristische Person werden, da nur gegenüber dieser gegebenenfalls die Durchsetzung eines Verwaltungsakts im Rahmen der Aufsicht möglich ist.

Zertifizierungsdiensteanbieter stellen qualifizierte Zertifikate oder qualifizierte Zeitstempel im Sinne des Signaturgesetzes aus und werden auf den [Internetseiten der Bundesnetzagentur](#) veröffentlicht.

Für den Betrieb eines solchen Zertifizierungsdienstes müssen Sie keine Genehmigung einholen, jedoch die Tätigkeit bei der zuständigen Stelle anzeigen und nachweisen, dass Sie die Voraussetzungen für den Betrieb erfüllen.

Wenn Sie ein Gütezeichen für Ihre Zertifizierungsdienste erhalten möchten, können Sie sich freiwillig als Zertifizierungsdiensteanbieter akkreditieren lassen.

Weitere Informationen

Einen Zertifizierungsdienst darf nur betreiben, wer die für den Betrieb erforderliche

- Zuverlässigkeit,
- Fachkunde und
- Deckungsvorsorge besitzt.

Des Weiteren müssen Sie gewährleisten, dass Sie die Anforderungen gemäß Signaturgesetz und Signaturverordnung in folgenden Bereichen erfüllen werden:

- Erfüllung der Pflichten von Zertifizierungsanbietern
- Ausgestaltung des Inhalts von qualifizierten Zertifikaten
- Gültigkeitsdauer von qualifizierten Zertifikaten.

Sollten Umstände eintreten, aufgrund derer die Voraussetzungen für den Betrieb eines Zertifizierungsdienstes nicht mehr erfüllt sind, muss dies der zuständigen Stelle unverzüglich angezeigt werden.

Weitere Anforderungen beziehungsweise Pflichten eines Zertifizierungsdiensteanbieters, die in dieser kurzen Aufstellung nicht oder nicht im Einzelnen ausgeführt wurden wie beispielsweise Identitätsprüfung, Dokumentation, Sperrung, Unterrichtungspflicht, Führung eines Zertifikatsverzeichnisses, einzusetzende Produkte entnehmen Sie bitte dem Signaturgesetz und der Signaturverordnung.

Besonderheiten für Antragsteller aus dem EU-Ausland und bei grenzüberschreitender Tätigkeit

Für ausländische Zertifizierungsdiensteanbieter gelten der § 23 des Signaturgesetzes und der § 18 der Signaturverordnung. Für das Verfahren "Zertifizierungsdiensteanbieter zu werden" gelten die jeweiligen nationalen Vorschriften im jeweiligen Mitgliedstaat. Soweit Teile des Zertifizierungsdienstes in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder einem Drittstaat betrieben werden, ist § 1 Abs. 3 der Signaturverordnung zu beachten.

Formulare

Die Anzeige müssen Sie schriftlich oder mittels eines mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehenen elektronischen Dokuments bei der zuständigen Stelle einreichen. Sie muss Namen und Anschrift des Zertifizierungsdiensteanbieters sowie die Namen der gesetzlichen Vertreter enthalten.

Die Anzeige des Betriebs eines Zertifizierungsdienstes muss spätestens mit der Betriebsaufnahme des Zertifizierungsanbieters erfolgen. Andernfalls droht nach § 21 Nr. 2 Signaturgesetz ein Bußgeld bis zu 10.000,00 €.

Antragstellung

Sie haben die Möglichkeit, die vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Anträge/Anzeigen sowie die dazugehörigen notwendigen Unterlagen

- per Brief oder Fax an den Einheitlichen Ansprechpartner Nordrhein-Westfalen zu senden oder
- unser **Online-Angebot** zu nutzen.

Notwendige Unterlagen

- für den Zertifizierungsdiensteanbieter und seine gesetzlichen Vertreter: aktuelle Führungszeugnisse zur Vorlage bei einer Behörde (Beleg-Art O) zur Vorlage bei einer Behörde (Beleg-Art O) nach § 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes oder Dokumente eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die eine gleichwertige Funktion haben oder aus denen hervorgeht, dass die betreffende Anforderung erfüllt ist
- einen aktuellen Handelsregisterauszug oder eine vergleichbare Unterlage oder ein Dokument eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, das eine gleichwertige Funktion hat oder aus dem hervorgeht, dass die betreffende Anforderung erfüllt ist
- Belege zum Nachweis der erforderlichen technischen, administrativen und juristischen Fachkunde
- Sicherheitskonzept mit folgendem Inhalt:
 - Beschreibung aller erforderlichen technischen, baulichen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen und deren Eignung
 - Übersicht über die eingesetzten Produkte für qualifizierte elektronische Signaturen mit Herstellererklärungen oder Bestätigungen nach dem Signaturgesetz
 - Übersicht über die Aufbau- und Ablauforganisation sowie über die Zertifizierungstätigkeit
 - Vorkehrungen und Maßnahmen zur Sicherstellung und Aufrechterhaltung des Betriebes, insbesondere bei Notfällen
 - Verfahren zur Beurteilung und Sicherstellung der Zuverlässigkeit des eingesetzten Personals
 - Abschätzung und Bewertung verbleibender Sicherheitsrisiken
- einen Nachweis der Deckungsvorsorge (Beispiele: Haftpflichtversicherung oder vergleichbare Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung eines Kreditinstituts), welche die Anforderungen des § 12 des Signaturgesetzes und § 9 der Signaturverordnung erfüllt
- gegebenenfalls Nachweis der Übertragung von Aufgaben nach dem Signaturgesetz und der Signaturverordnung an Dritte (Verträge oder ähnliches)

Die Maßnahmen zur Erfüllung der Sicherheitsanforderungen nach dem Signaturgesetz und der Signaturverordnung müssen der Bundesnetzagentur im Sicherheitskonzept aufgezeigt werden und sie müssen geeignet und praktisch umgesetzt sein. Falls Sie Aufgaben nach dem Signaturgesetz und der Signaturverordnung an Dritte übertragen möchten, so sind diese entsprechend in Ihr Sicherheitskonzept einzubeziehen.

Hinweis:

Sollten Sie Ihren Wohn- oder Betriebssitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben und eine Dienstleistung einer Behörde in Nordrhein-Westfalen nachfragen, bei der Sie Urkunden, Ausweispapiere oder andere Nachweise persönlicher Identität oder beruflicher Qualifikation vorlegen müssen, wenden Sie sich bitte an den Einheitlichen Ansprechpartner NRW.

Der Einheitliche Ansprechpartner NRW nennt Ihnen gerne das entsprechende Äquivalent Ihres Heimatstaates.

Kosten

Die zuständige Behörde erhebt für die Bearbeitung der Anzeige Gebühren, deren Höhe sich nach dem Zeitaufwand richtet, und Auslagen.

Rechtsgrundlagen

- § 4 Signaturgesetz - Allgemeine Anforderungen an Zertifizierungsdiensteanbieter
- § 22 Signaturgesetz in Verbindung mit §§ 12 und 13 Signaturverordnung - Kosten und Beiträge
- § 24 Nr. 1, 3 und 4 Signaturgesetz - Rechtsverordnung
- § 1 Signaturverordnung - Form, Inhalt und Änderung der Anzeige
- § 2 Signaturverordnung - Inhalt des Sicherheitskonzepts
- § 12 Signaturgesetz in Verbindung mit § 9 Signaturverordnung - Deckungsvorsorge
- § 17 Signaturgesetz in Verbindung mit § 15 Signaturverordnung - Produkte

Verfahrensdauer

Die gesetzlich bestimmte Bearbeitungszeit beträgt drei Monate.

Diese Frist beginnt mit Eingang der vollständigen Unterlagen und kann einmal angemessen verlängert werden, wenn dies wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit gerechtfertigt ist. Die Fristverlängerung ist durch die zuständige Behörde zu begründen und rechtzeitig mitzuteilen.